

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

20.2.1873 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 20. Februar.

Nr. 43.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1873.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordres vom 11. und 13. or. ist Nachstehendes bestimmt worden:

Vom Hessischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 11 — Corps-Artillerie — wird der Hauptmann und Batterie-Chef Richter in das Badische Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 — Corps-Artillerie — und vom Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 — Corps-Artillerie — der Hauptmann und Batterie-Chef v. Froben in das Garde-Feld-Artillerie-Regiment — Corps Artillerie — versetzt.

Dem als Ganzinvaliden ausgeschiedenen Portepesführer v. Heugel, bisher im 2. Badischen Dragoner-Regiment Majorat Maximilian Nr. 21, wird der Charakter als Secondlieutenant verliehen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 18. Febr. Herrenhaus-Sitzung. Es wurde beschlossen, die eingegangene Königl. Botschaft betreffs der Spezial-Untersuchungskommission zur Schlussberatung zu stellen. Hobeit wurde zum Referenten, Fettau zum Korreferenten ernannt. Die Beratung der Botschaft und die Wahl der Mitglieder für dieselbe findet wahrscheinlich morgen statt. Hierauf nahm das Herrenhaus den Gesetzentwurf betreffs der Aufhebung des Jagdrechts in Hessen und Schleswig-Holstein unverändert nach der Fassung der Regierungsvorlage, und das hannoversche Wegegesetz ohne Diskussion unverändert in der Schlussberatung an. Die Gesetzentwürfe über das Grundbuchwesen im Jagdgebiete, Hohenzollern und im Bezirke des Justizlandes Ehrenbreitenstein werden in der Fassung der Kommission, welcher der Justizminister zustimmte, ebenfalls ohne Diskussion genehmigt. Die nächste Sitzung findet morgen statt und hat die geschäftliche Behandlung der kirchenrechtlichen Vorlagen und kleineren Gesetzentwürfe zum Gegenstande.

† Berlin, 18. Febr. Die Berliner „Vorfassung“ erfährt, daß der Bank-Gesetzentwurf, gegen welchen von der Verwaltung der preussischen Bank zahlreiche ernste Einwände erhoben worden sind, denen der Finanzminister sich angeschlossen haben soll, zurückgelegt ist und auch in der nächsten Session noch nicht zur Vorlage gelangen dürfte.

† Wien, 18. Febr. Im Herrenhause wurde die Regierungsvorlage über die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes eingebracht; sodann begann die Debatte über die neue Strafprozess-Ordnung. In beiden Häusern forderte die Regierung zur Vornahme der Wahlen in die Delegation auf, deren Eröffnung für den 2. April in Aussicht genommen ist. Im Abgeordnetenhaus brachte die Regierung einen Nachtragkredit für die Nothleidenden in Galizien ein.

† Genf, 19. Febr. Pfarrer Mermillod erließ vor seiner Abreise einen Protest. Gestern Abend herrschte vollständige Ruhe. In der Kirche Notre Dame fanden öffentliche Gebete statt. Mermillod wird einige Tage bei einem Priester in Ferner (Ferner) verweilen.

† Versailles, 18. Febr. Der Bericht des Herzogs von Broglie ist, wie die „Agence Havas“ meldet, gestern dem Präsidenten der Republik mitgeteilt worden. Die Dreißiger-Kommission wird über den Bericht Beschluß fassen, sobald der Präsident der Republik sich darüber äußert hat.

† London, 17. Febr. Sitzung des Oberhauses. Der Staatssekretär für Indien erklärt gegenüber Somerset, daß bei Feststellung der Demarkationslinie in Badakshan keinerlei geographischer Irrthum untergelaufen sei. Die Demarkationslinie folge dem Laufe des Druß bis zu dem Punkte, wo er sich in zwei Arme theile. Auf den Rath Ramsfords habe man den rechten Arm gewählt. Der Staatssekretär des Aeußern, Earl Granville, erklärt auf eine Anfrage Carnarvons bezüglich einer Eingabe über die missliche Lage der von Kanada nach Brasilien auswandernden Familien: Die Eingabe sei dem britischen Gesandten in Rio de Janeiro zugestellt, um Erhebungen vorzunehmen, event. von der brasilianischen Regierung Abhilfe zu verlangen.

Deutschland.

Karlsruhe, 19. Febr. In der heutigen Mittwochs-Audienz haben Seine Königliche Hoheit der Großherzog unter Andern folgende Militär- und Zivilpersonen empfangen: den Hauptmann Dahn, Batterie-Chef im Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, Divisions-Artillerie, den Oberhofgerichts-Rath Hufschmidt von Mannheim, den Geisl. Beamten Schmidt von Sinsheim sowie den Hofrath Dr. Fäßling, Professor der Landwirtschaft an der

Universität Heidelberg. Die Audienz währte von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr.

Ihre Großherzogin. Hoheit die Prinzessin Marie von Baden, Herzogin von Hamilton, Ihre Durchlaucht die Erbprinzessin von Monaco sowie Se. Hoheit der Landgraf Friedrich von Hessen sind heute Nachmittag nach Baden zurückgekehrt.

—mp. Aus dem Oberelsaß, 17. Febr. Immer mehr stellt sich heraus, daß an den häufig wiederkehrenden Eisenbahn-Unfällen, sowie Betriebsstörungen durch Verspätung der Züge x. im Elsaß vor Allem der an vielen Stellen total ruinirte Oberbau der Bahnstrecken die Schuld trägt. Das Bahnpersonal geht in diesem Urtheil mit der öffentlichen Stimme des Publikums vollkommen einig. Die Fälligkeit an den Bahnstrecken hat zum Theil einen so hohen Grad erreicht, daß die endlich als total unbrauchbar ausgeworfenen Schwellen selbst als Verschleißwaare keine Käufer mehr finden. Die Beschaffenheit der Schienen ist an zahlreichen Stellen, vor Allem auf der Strecke Mülhausen-Belfort, keine bessere, so daß von kompetenter Seite sogar eine zeitweilige Schließung der erwähnten Strecke in Antrag gebracht wurde. Untersuchungen sowohl über die Ursache des letzten Unglücks bei Tagolsheim (Mülth) als über den allgemeinen Zustand der hiesigen Bahnen sind unter Zuziehung badischer und schweizerischer Techniker im Gang.

△ Aus dem Elsaß, 17. Febr. Die Reklar Rheineisenbahn-Brücke steht bekanntlich seit Beendigung des Krieges noch in provisorischem Zustande da. Die große Drehscheibe, welche früher wie auf dem Elässer Ufer den letzten Pfeiler der Brücke mit Baden verband, ist seit bald 3 Jahren durch ein hölzernes massives Sittertragwerk ersetzt. Man wird nun demnächst daran gehen, diesem Nothzustande ein Ende zu machen. Doch besteht der Plan, die eiserne Drehscheibe auf der badischen Seite nicht zu erneuern, sondern durch einen sich der Konstruktion der ganzen Brücke anschließenden feststehenden Eisenbau zu ersetzen. Die Drehscheiben haben sich, zusammen der Rheineisenbahn hier oben, bisher als unpraktisch erwiesen. Zu wünschen wäre, daß man endlich auch einmal dem kläglichem Zustande der Reklar Bahnhof-Ruine zu Hilfe käme. (Gegenwärtig ruht weit mehr als die Hälfte der Reklar Schiffsbrücke auf einer ungeheuren Sandbank, nur am badischen Ufer ist ein keine 50 Schritte breiter lebhafter Wasserzug des sonst so gewaltigen Stromes.)

△ Aus Elsaß, 18. Febr. Es klingt wirklich sonderbar, wenn man sagt, der Staat verschaffe bei uns gewissen Klöstern eine Einnahmenezulage, und doch ist Dem also, und das geht folgendermaßen zu: Die Schwestern, die in den Schulen angestellt sind, haben keine selbständige Existenz, sondern werden von dem Kloster unterhalten. Dafür müssen sie ihre sämtlichen Einnahmen hergeben. Wenn nun früher eine Lehrerin angestellt werden sollte, wandte sich die betreffende Gemeinde an das Kloster und offerirte eine jährliche Summe. War diese Summe einigermaßen anständig — und ausländisch nannte man damals einen Gehalt von 6 bis 700 Franken —, so lautete gewöhnlich die Antwort: „Für diesen Preis schicken wir zwei“, und so erhielt z. B. Buchweiler zur Zeit zwei Schulschwestern für eine. Heute ist nun das Minimum des Gehalts zu 700 fr. fixirt und die Schwestern erhalten dasselbe wie alle Andern nebst Erhöhung von 5 zu 5 Dienstjahren. Da die Klöster aber den Schwestern nicht mehr als früher zu ihrem Unterhalt liefern, so gericht die Gehaltszulage nicht dem Lehrpersonal, sondern den Klöstern zum Nutzen. Dabei fällt noch der Umstand in Betracht, daß die Lehrer von den Gemeinden bezahlt werden, und also die Regierung thatsächlich die Gemeinden zwingt, dem Kloster ein Bene zu thun, was allerdings ein tragikomisches Verhältniß bildet. Es ist indessen anzunehmen, daß mit der Zukunft Veränderungen eintreten werden, wodurch dieses Mißverhältniß von selbst aufhören wird.

○ Stuttgart, 18. Febr. In dem Krankheitszustand Ihrer Maj. der Königin-Mutter ist eine solche Verschlimmerung eingetreten, daß man heute die ernsteste Besorgniß hegt und fürchtet, es möchte in aller kürzester Frist die Auflösung eintreten können. Die hohe Kranke hat heute früh nach dem Heil. Abendmahl verlangt und ist ihr dasselbe gereicht worden. Das Absonnermentkonzert, das diesen Abend im Königsbau hatte stattfinden sollen, ist auf höheren Befehl unterblieben; auch wird versichert, daß die Theatervorstellung für morgen ebenfalls abbestellt worden sei. Die Kammer der Ständeherrn kam heute in der Beratung des Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitz bis zu Art. 12. Die wichtigste Aenderung ist die zu Art. 9 beschlossene, wo die Stellung der Geistlichkeit im Orts-Armennath aus der eines bloßen Mitgliedes unter dem weltlichen Ortsvorstande die eines gleichberechtigten Mitvorstandes neben dem Ortsvorsteher geworden ist.

H München, 18. Febr. Die Kreisregierung von Niederbayern hat dem Vernehmen nach das Bezirksamt in Wils-

biburg angewiesen, die Redemptoristen nöthigenfalls mit Gewalt aus der dortigen Volksschule zu entfernen. Das bischöfliche Ordinariat in Regensburg, zu dessen Sprengel Wilsbiburg gehört, hat dagegen Protest erhoben.

Darmstadt, 18. Febr. (Fr. J.) Der von dem Abgeordneten Pfarrer Landmann in der Zweiten Kammer eingebrachte Antrag wegen Einführung der obligatorischen Zivildienst- und der Standesbuchführung ist nunmehr in den Händen der Regierung. Derselbe findet von Seiten des Oberkonsistoriums, namentlich von Seiten eines geistlichen Mitgliedes desselben, lebhaft Zustimmung; auch soll die Regierung bereits ihr Einverständnis erklärt haben.

Offenbach, 17. Febr. (Fr. J.) Der Jesuit Zeller aus Seligenstadt hatte sich nach Auflösung der Mainzer Ordensfiliale nach seinem Heimathsorte zurückbegeben und gedachte sich da niederzulassen; die Regierung hat ihm aber Herbst, Kreis Lauterbach in Oberhessen, zum ferneren Aufenthalt angewiesen, wohin er sich von Seligenstadt binnen 3 Tagen zu begeben hat, widrigenfalls er sich auf dem Zwangswege dahin befördert sehen würde.

Weimar, 14. Febr. (Fr. J.) Die Regierung hat aus der dem Landtage vorgelegten Synodalordnung die Bestimmungen beseitigt, welche der landständischen Zustimmung bedürfen, und begehrt jetzt nur die vorschubweise Bewilligung von 2000 Thalern für die Kosten der ersten Landesynode und die Genehmigung eines Gesetzentwurfs, nach welchem die kirchlichen Beiträge zur Synode und die sonstigen Leistungen für Kirche und Schule gleich den Staatssteuern beigezogen werden können. Die Synodalordnung hat überhaupt bis jetzt geruht, weil nach deren Ablehnung durch den Landtag 1870 der Großherzog abzuwarten beschloß, welche Wünsche aus den Kirchengemeinden hervorgehen würden. Nachdem nunmehr die große Mehrheit sich für die Synodalverfassung erklärt hat, wird dieselbe in Kürze zur Einführung kommen.

Rostock, 15. Febr. Ueber die auf heute nach Güstrow berufene Versammlung von Mitgliedern der Liberalen Partei Mecklenburgs wird der „Rost. Ztg.“ aus Güstrow telegraphisch gemeldet: Einstimmig wurde beschlossen: „Eine Petition an den Reichstag dahin zu richten, daß derselbe seinen Beschluß vom 2. November 1871 wiederhole, wonach in jedem Bundesstaate eine aus Wahlen der Bevölkerung hervorgehende Vertretung bestehen soll, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetz und bei der Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.“ Ferner sah die Versammlung folgenden Beschluß: „Eine Petition an den Bundesrath dahin zu richten, daß derselbe dem bevorstehenden Reichstage in Ausführung oder Bestimmung des Artikels 4 Nr. 16 der Reichsverfassung einen das Vereinswesen regelnden Gesetzentwurf zur Beschlußnahme vorlegen möge.“

Berlin, 17. Febr. (Berl. Bl.) Der Kaiser benützte neulich eine militärische Feierlichkeit zu einer kleinen Demonstration gegen das Grünberthum. Es war bei Gelegenheit der Vorstellung derjenigen Kadetten, welche an Oftern zur Armee übertritten sollen. Der Kaiser empfing die jungen Leute, welche von ihren Hauptleuten geführt wurden, in dem runden Saal seines Palais. Er trug die Uniform des Kadettenkorps und war von dem Generalinspektor des Militär-Erziehungswesens, General v. Rheinbaben, begleitet. An die Begrüßung der Kadetten knüpfte der Kaiser eine Betrachtung über deren künftigen Beruf als Offiziere; er betonte, wie gerade in der heutigen Zeit, welche nach äußern Gütern, nach Geld und Reichthum jage, der Offizier die Ehre als sein höchstes Gut hochhalten müsse, und wie schließlich die jungen Leute auf das leuchtende Vorbild ihrer im letzten Kriege gefallenen Kameraden zur Nachahmung hin.

Die „Kriegs-Zg.“ hat Hrn. Wagener förmlich aufgegeben. Sie bemerkt über denselben: „Wir freuen uns sogar, nun hoffentlich der nicht angenehmen, aber trotzdem in Aussicht genommenen Pflicht überhoben zu sein, öffentlich gegen die Zügellosigkeit des Hrn. Wagener zur konservativen Fraktion des Reichstags bei Eröffnung desselben aufzutreten zu müssen, damit der in der konservativen Partei des Landes so tief bellagte irreführende Einfluß des Hrn. Wagener auf das an sich so unsichere Verhalten jener Fraktion endlich beseitigt werden möchte.“ — Von der Las-ter'schen Rede gegen Wagener ist bereits die vierte Auflage bei Franz Duncker erschienen. Derselbe wird zum Preise von 5 Sgr. gegen Einwendung von Postmarken franco zugesandt.

C.S. Berlin, 18. Febr. Beide Häuser des Landtags hielten heute Plenarsitzungen ab.

Das Herrenhaus erledigte eine Reihe von Provinzialgesetzen, bezw. von Gesetzen, welche das Grundbuch-Wesen auf neue Landes- theile ausdehnen, überall ohne wesentliche Diskussion, weil der Justizminister mit laconischer Kürze überall erklärte, daß er gegen die zu den Regierungsvorlagen von der Kommission gemachten Aenderungen keinen Einspruch erheben werde.

Das Abgeordnetenhaus verbrachte 4 volle Stunden, um

die beiden Mitglieder für die k. k. Spezial-Untersuchungskommission zu wählen. Paster wurde ohne Weiteres mit 196 von 311 abgegebenen Stimmen gewählt. In Betreff des zweiten Mitglieds aber zerplitterten sich die Stimmen gewaltig. Jede der großen Parteien hielt an ihren Kandidaten fest. Die Altionsvereine an Wedell, Bestingdorff, die Neufonktionen und Bruchstücke anderer Fraktionen an Hrn. v. Köller, das Centrum und die Polen an Hrn. v. Mallinrodt, die Liberalen zum großen Theil an Dr. Virchow, und so kam es, daß bei 311 abgegebenen Stimmen keiner der Kandidaten die absolute Majorität von 156 Stimmen erhielt, denn die meisten Stimmen, welche auf einen Kandidaten, Hrn. v. Köller sich vereinigen, gingen auf 121. Nun ging es an die engere Wahl zwischen den fünf Abgeordneten: v. Köller, Virchow, v. Mallinrodt, v. Wedell-Bestingdorff und Gieser v. Gronow und wiederum wurde bei 299 abgegebenen Stimmen die absolute Majorität nicht erreicht, denn Hr. v. Mallinrodt erhielt nur 105 Stimmen, v. Köller 104, Virchow 89 und es mußte zur engeren Wahl zwischen Mallinrodt und v. Köller geschritten werden, wobei v. Mallinrodt mit 108 Stimmen gegen v. Köller, welchem 175 Stimmen zustießen, unterlag. — Dann fuhr das Haus in der Berathung des Etats fort: das Staatsministerium war an der Reihe und wurde erledigt. Das Haus erledigte dann noch in zweiter Berathung den Gesekentwurf betreffend die Ermäßigung gewisser Steuern und vertagte sich auf Donnerstag, um morgen den Kommissionen Zeit zum Arbeiten zu lassen.

Italien.

*** Rom, 17. Febr. Die Deputirtenkammer hat heute die Berathung des Gesekentwurfs über die Armee-Organisation begonnen. — Die von dem bisherigen spanischen Gesandten am hiesigen Hofe, Marquis de Montemar, erbetene Demission ist von der spanischen Regierung angenommen worden.

Frankreich.

Paris. Zu den Ereignissen in Spanien wird der „Times“ telegraphisch aus Paris gemeldet, daß einige spanische Flüchtlinge in Nantes auf die Nachricht von der Abdankung des Königs Amadeo dort vor das französische Konsulat rückten und das javoyische Kreuz vom spanischen Wappen entfernten. Auf die Klage des spanischen Botschafters sollen diese Flüchtlinge aus Frankreich ausgewiesen werden. Uebrigens ist den Konsuln und Generalkonsuln Spaniens in Frankreich die Verfügung zugegangen, das javoyische Kreuz zu entfernen, um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen. Aus Bayonne wird gemeldet, daß an der ganzen französischen Grenze entlang vollkommene Ruhe herrscht. Die Karlisten verhalten sich unthätig und haben in Folge des starken Schneefalls in den baselischen Provinzen ihre Operationen eingestellt. Die Einlassung des spanischen Gesandten am englischen Hofe, Sennor Novet, ist nicht angenommen worden. — Die Behauptung, daß die Prinzen vom Hause Orleans für den Herzog von Montpensier eine bedeutende Summe Geldes zugesprochen hätten, um ihn bei seinen Operationen in Spanien zu unterstützen, ist ganz ungegründet. Es wird im Gegentheil behauptet, die Prinzen hätten bei einem Familienrathe dem Herzog v. Montpensier entschieden gerathen, sich unter den heutigen Verhältnissen jeder Aktion zu enthalten. General Moriones hat starken Protest gegen die Angabe eingelegt, als habe er sich den Karlisten angeschlossen. Er bemerkt u. A.: Diejenigen, welche das Gerücht in Umlauf gesetzt haben, müßten wohl vergessen haben, daß seine Mutter von den Karlisten getödtet worden sei. — Hr. v. Remusat, der Minister des Auswärtigen, schrieb erst vor zwei Tagen an einen befreundeten Spanier: „Wir respektiren aufrichtig die Unabhängigkeit Spaniens, und welche Form einer geordneten Regierung das Land auch annimmt, wir werden keinen Anstand nehmen, dieselbe anzuerkennen, es sei denn, es wäre eine Regierungsform, die im Geiste der Feindseligkeit gegen Frankreich begründet würde.“ — Es ist nicht der Fall, daß Sennor Dlozaga bereitwillig seine Entlassung zurücknahm. Castelar drang aufs Lebhafteste in den Botschafter, auf seinem Posten zu bleiben, und Dlozaga erwiderte darauf u. A. Folgendes: „Nachdem der König freiwillig das Land verlassen hat, kann ich weiter keine Skrupel hegen, einer einzigen Republik zu dienen, welche alle gesellschaftlichen Interessen erhält und schützt; allein wenn eine Föderativrepublik eines Tages die Einheit Spaniens zerstören soll, zu deren Sicherung mein Vaterland 7 Jahrhunderte gebraucht, so werde ich derselben nicht nur nicht dienen, sondern mich von Stunde an als ihren entschlossensten Feind erklären.“

Spanien.

Barcelona, 14. Febr. Eine Kundgebung von 400 Studenten mit Fahnen und Militärmusik hat stattgefunden. Sie verlangten Räumung des Unversitätslokals durch die Truppen, sowie Freiheit und Unentgeltlichkeit des Unterrichts. Der Präsekt versprach, diese Wünsche der Regierung zu übermitteln. 4000 Arbeiter versammelten sich auf dem Versammlungsorte, um die Föderativrepublik hochleben zu lassen. Reden im katalonischen Dialekt wurden gehalten. Auch ein Weib hielt eine Rede. Die Arbeiter verlangten Herabsetzung der Arbeitszeit und bessere Verteilung der Löhne. Die Stadt ist beleuchtet, die Bevölkerung im Allgemeinen ruhig.

Zum Genfer Kirchenkonflikt.

(Vund.)

Der Schweizerische Bundesrath hat nach Einsicht eines Breves des heil. Stuhles vom 16. Jan. 1873, welches den Genfer Bürger Hrn. Kaspar Vermillob zum apostolischen Vikar für den Kanton Genf ernannt:

in Erwägung, daß diese Ernennung die Trennung der katholischen Kirche des Kantons Genf vom Schweizerischen Bisthum, zu welchem sie seit 1820 gehört, und die Berufung des Bisthums zur Folge hat;

in Erwägung, daß eine solche im Widerspruch gegen den Willen der bürgerlichen Gewalt getroffene Maßregel gemäß Erklärung des

Bundesraths an den Bischöflichen Reger des heil. Stuhles vom 11. Febr. 1873 null und nichtig ist;

in Erwägung, daß der Titular des apostol. Vikariats, nachdem er aufgefordert worden, zu erklären, ob er ungeachtet der Entschiede des Bundesraths und des Staatsraths von Genf seine Funktionen auszuüben gedenke, erklärt hat, diese Verpflichtungen ausüben zu wollen;

in Erwägung, daß Hr. Kaspar Vermillob damit, obgleich Schweizerbürger, eine Mission des heil. Stuhles unter Nichtachtung eines regelmäßigen Beschlusses, welchen die Behörden seines Landes im Interesse der Eidgenossenschaft und zum Zwecke der Handhabung von Ruhe und Ordnung fassen mußten, angenommen hat;

nach Einsicht des Art. 90, Ziff. 8 und 10 der Bundesverfassung beschlossen:

Art. 1. So lange Hr. Kaspar Vermillob, von Carouge im Kanton Genf, nicht ausdrücklich darauf verzichtet, vom heil. Stuhl entgegen den Beschlüssen der Bundes- und Kantonsbehörden ihm übertragenen Funktionen auszuüben, ist ihm der Aufenthalt auf dem Gebiete der Schweizerischen Eidgenossenschaft untersagt.

Art. 2. Dieses Verbot fällt mit dem Tage dahin, an welchem Hr. Vermillob dem Bundesrathe oder dem Staatsrathe von Genf die Erklärung abgeben wird, daß er auf jegliche vom heil. Stuhle entgegen den Beschlüssen der Bundes- und Kantonsbehörden übertragene Verpflichtung verzichtet.

Art. 3. Der Staatsrath des Kantons Genf ist mit der Vollziehung des gegenwärtigen Beschlusses beauftragt.

Gegeben in Bern am 17. Februar 1873. — Im Namen des schweiz. Bundesraths: (Folgen die Unterschriften.)

Die Vollziehung des Beschlusses wurde vom Genfer Staatsrathe sofort angeordnet und hat heute (17. Febr.) Nachmittags stattgefunden. Hr. Vermillob, der bekanntlich nach Ferner über die Grenze gebracht wurde, hat dem Staatsrathe vor seiner Abreise eine Protestation zugefickt. Nach einer langen Ausführung über seine Stellung als apostolischer Vikar kommt er zu nachstehendem Schlusse:

Nach dieser ruhigen Darlegung der Sachlage bleibt mir nur noch übrig, Ihnen, meine Herren, zu erklären, daß ich rein geistliche Funktionen weder ausüben kann noch darf, indem ich so eine evangelische Mission und ein geheiligtes Apostolat verrathen würde, das mir durch den obersten Herrn der Kirche verliehen worden ist.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 19. Febr. Wie sich in der Lage, in Folgendem unsern Lesern den Wortlaut des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 15. d. M. über das Gesek der (Alt-) Katholiken in Konstanzen mitzutheilen:

„An das Groß. Bezirksamt Konstanz.“

Hr. Kreisgerichts-Rath Schmidt und Genossen haben im Auftrag des Komit'es der (Alt-) Katholiken in Konstanz mit Eingabe vom 13. d. M. die Bitte vorgetragen, ihnen und denjenigen katholischen Einwohnern von Konstanz, welche das in dem jüngsten vatikanischen Konzil verkündigte Dogma der Unschlebarkeit des Papstes als ein katholisches Dogma nicht anerkennen, den Mißbrauch wenigstens einer der 3 katholischen Pfarrkirchen in Konstanz, zunächst der Spitalkirche, zur Befriedigung ihrer gottesdienstlichen Bedürfnisse zu ermöglichen. Durch Verfügung vom 16. September 1870 (Ges. u. Verord.-Bl. Nr. 63) ist bereits ausgesprochen, daß die in dem Angegebelt der Erzdiözese Konstitutionen, darunter die über die Unschlebarkeit des Papstes, nach § 15 des Gesekes vom 9. Oktober 1860, „die rechtliche Stellung der Kirche“ und kirchlichen Vereinen im Staate betr., im Großherzogthum keine rechtliche Geltung in Anspruch nehmen können, da sie ohne Genehmigung des Staates verkündigt wurden.

Hieraus ergibt sich für den vorliegenden Fall, daß die Petenten in Folge ihrer Erklärung, der katholischen Kirche auch fortan angehören zu wollen, ungeachtet der Nichtannahme des Dogmas der Unschlebarkeit rechtlich als Katholiken anzuerkennen sind und die mit dieser Eigenhaft verbundenen Rechte in der Kirche nicht verlieren haben. Auch thätlich erscheint das Gesek der Petenten begründet, da konstatirt ist, daß nahezu die Hälfte aller großjährig-männlichen katholischen Einwohner von Konstanz das in Frage stehende (rechtlich nicht relevante) Dogma der Unschlebarkeit des Papstes als ein katholisches nicht anerkennen, während sie im Uebrigen erklären, Katholiken zu sein und zu bleiben.

Das groß. Bezirksamt wird demnach, um auch diesen Katholiken die Befriedigung ihrer gottesdienstlichen Bedürfnisse zu ermöglichen, beauftragt, dafür zu sorgen, daß einswelten denselben der Mißbrauch der Spitalkirche zu ihrem Gottesdienste eingeräumt werde. Zu diesem Zwecke ist zunächst der Gemeinderath der Stadt Konstanz, welcher den Spitalfond nebst der zu demselben gehörigen Spitalkirche zu verwalten hat, und welcher nach der Ausführung der Petenten bereit ist, die Spitalkirche und ihren Genossen zum Mißbrauch für ihren Gottesdienst zu überlassen, zu einer entsprechenden Erklärung zu veranlassen. Hieraus sind unter Eröffnung gegenwärtiger Verfügung der an der Spitalkirche fungierende Pfarrer als Vertreter derjenigen Katholiken, welche das Unschlebarkeits-Dogma nicht ablehnen, und ebenso die Petenten aufzufordern, Vorschläge über die Zeiten zu machen, zu welchen jeder Theil die Kirche zum Gottesdienste zu benutzen habe. In einer Einigung zwischen beiden Theilen nicht zu erzielen, oder sollte der an der Spitalkirche fungierende Pfarrer in einer angemessenen kurzen Frist keine Erklärung abgeben, so hat das Bezirksamt unter Berücksichtigung aller Verhältnisse und unter thätlicher Schonung der bestehenden Einrichtungen die Zeiten zu bestimmen, zu welchen jeder von beiden Theilen die Kirche zum Gottesdienste benutzen kann.

Ueber den Verlauf der Sache und besondere sich etwa ergebende Umstände ist mit thätlicher Befehlsmäßigkeit hierher zu berichten.

Bez. 3011b.

© Karlsruhe, 19. Febr. Im Jahre 1872 wurden von groß. Bezirksamte dabei 140 Bauten in hiesiger Stadt genehmigt; dieselben ergaben 355 Etagen und 2395 bewohnbare Räume. Wenn man den einzelnen Raum nur für 1 Person annimmt, so hat man wieder für 2395 Einwohner Wohnräume im letzten Jahre geschaffen. — Seit dem Beginne des Betriebes der neuen Wasserleitung haben sich derselben 741 Abonnenten angeschlossen.

Heidelberg, 15. Febr. Der „B. L. Z.“ wird von hier geschrieben: „Sonntag 23. Febr., Nachmittags 2 Uhr, wird Hr. Michalis in Durlach einen Vortrag halten, wenn nicht irgend ein Hinderniß eintritt. Im Laufe der Woche soll in Karlsruhe ein Abend-

vortrag stattfinden, wohl auch in Eberbach. Der übernächste Sonntag und einige Tage dazu sollen der Gesek von Waldobrunn gewidmet werden, wie man hört. Die Nachricht öffentlicher Blätter, daß in Forzheim eine Entlassung der altkatholischen Sache eingetreten sei, ist durchaus falsch. Mangel geeigneter Lokalitäten ist die einzige Ursache, warum Michalis dort noch nicht aufgetreten ist. Für die Bezirke Baden-Bühl soll nach Mitteilung von dort ein Bürgerabend als Vorkäuser eines Vortrags des Hrn. Michalis geplant sein.“

Mannheim, 14. Febr. Der „Mannh. Anz.“ schreibt: „Unsere Nachbarstadt Oggersheim ist in den jüngsten Tagen der Schauplatz eines schweren Verbrechens, eines Vatermordes, geworden. Zwei Weiber, Vater und Sohn, waren wegen eines Betrags von 36 fl. in einen Rechtsstreit gerathen, der durch Eidesleistung des Vaters zum Nachtheile des Sohnes ausging. Darob erbost ging am Tage nach dem gerichtlichen Eidespruch der Sohn, bewaffnet mit seinem Messer, in ein Wirthshaus, in dem er seinen Vater wußte, Legte vor dem Wirthszimmer die Stiefel ab, um geräuschlos eintreten zu können, kam so an den Tisch, an dem der Vater bei einigen Beamten saß, zog ihm mit der einen Hand den rechten Arm von der Brust weg und stieß ihm mit der andern das Messer in die Brust. Nach der Gewalt des Stoßes zu urtheilen, muß er nach Messerbruch noch durch einen Schlag auf den Griff nachgeholfen haben; das Messer durchdrang nämlich eine Rippe, an der es sonst abgeglitten wäre, dann die Lunge und die großen Blutgefäße und ging hinten durch den Rücken hindurch. Während das Opfer nach wenigen Augenblicken verschied, entsprang der Thäter, zog außen seine Stiefel an und wollte durch die Gärten entfliehen, wurde aber nach kurzer Zeit eingefangen. Obgleich von den in der Wirthshäube Anwesenden bestimmt erkannt, soll derselbe vorerst sich auf das Lägerhaus gelegt haben.“

Mannheim, 16. Febr. (Mannh. Verk.) Sichern Vernehmen nach erwarben heute die Gebr. Sulzer aus Winterthur etwa 100 Morgen Gelände oberhalb der Eisenbahn-Brücke bei Ludwigshafen auf Rundenheimer Gemarkung, um daselbst eine Schiffswerke und eine große Maschinenfabrik zu errichten, in welcher mehr als 1000 Arbeiter Beschäftigung finden sollen.

— Jechtingen, 18. Febr. Die neuen Rhein-Schiffbrücken. Unter diesem Titel bespricht ein Artikel in Nr. 38 dieses Blattes unter Straßburg, 12. Febr., die Herstellung der neuen Rhein-Schiffbrücken, worin auch erwähnt wird, daß bei Stellung der Brücke bei Marfolsheim-Saasbach sich Schwierigkeiten ergeben haben, welche einige Gemeinden zu dem Entschlusse veranlaßten, um Verlegung der Brücke weiter stromaufwärts nach Sponel zu petitioniren. Der Erfolg wird dieser Petition in diesem Artikel abgeprochen, weil theils der Vertrag mit Baden wegen Drücklichkeit der Brücken schon abgeschlossen sein soll, theils wegen der Nähe der Altbreisacher Brücke, Ersterer Grund erscheint bis jetzt nicht als konstatirt, und letzterer kann nicht maßgebend sein, indem ja die Marfolsheimer-Saasbacher Brücke jener in Weisweil noch näher gerückt wurde, als dies am Sponel, der Breisacher Brücke gegenüber der Fall wäre.

Wird nun die Brücke bei Marfolsheim-Saasbach hergestellt, so würden diese und jene in Weisweil-Saasbach fast dem gleichen Verkehre dienen, und die sechsundzwanzig, diesseits und jenseits des Rheines, für die Brücke am Sponel, resp. Jechtingen-Argenheim, petitionirenden Gemeinden hätten immer den bedeutenden Umweg über Saasbach und Marfolsheim oder Breisach zu machen.

Säckingen, 16. Febr. Die „Konst. Ztg.“ schreibt: „Die von Hrn. Reichstags-Abgeordneten Hebling nach Säckingen berufene Versammlung war sehr zahlreich besucht. Ueber 200 Personen aus allen Gegenden des Wahlkreises folgten in gespannter Aufmerksamkeit und mit schillernder Befriedigung dem glänzenden und schwungvollen Vortrage Heblings, welcher beinahe eine volle Stunde dauerte. Der Dank, den ihm Hr. Kaufmann Streicher ausdrückte, war daher auch ein wohlverdienter, welchem alle Anwesenden durch das auf Hrn. Hebling ausgebrachte „Hoch!“ kräftigen Ausdruck verliehen.“

Auch der bekanntlich nicht zur Partei des Hrn. Hebling gehörige „Mannh. Anz.“ enthält eine Korrespondenz aus Säckingen über die Versammlung, worin es u. A. heißt: „Ich muß gestehen, kerniger, offener und deutlicher habe ich noch selten einen Geschäftsmann in einständiger Rede sich ausdrücken hören. Erlauben Sie mir, einige Punkte, die auch für weiter hin von Interesse sind, hier kurz zu bezeichnen. Bezüglich des Münzgesetzes sagte H., der von der süddeutschen Geschäftswelt so sehr gewünschte Frank sei deshalb nicht acceptirt worden, weil es mit den zwei Hauptstaaten, die Franken haben, nicht glänzend stehe: Italien jetzt schon bis an den Hals im Papier steckend, und in Frankreich über kurz oder lang auch totale Papierwirthschaft überhand nehmen werde, wenn es auch nur noch eine halb so starke Krisis durchzumachen habe, wie die letzte. Es seien auch wichtige Anzeichen vorhanden, daß die Schweiz, um sich den schlimmen Folgen, die jene Papierwirthschaft für sie hätte, zu entziehen, wohl auch das Rathschließen annehmen werde. — Auf die Austreibung der Jesuiten hält H. nicht gar viel, denn, sagt er, so lange ein Ketzer ein Krossorten, überhaupt der ganze deutsche Episkopat am Ruder ist, und sich jeder einzelne Geistliche den Ordres von Rom beugen müsse, wüßten die Jesuiten ihre Sache in guten Händen zurückgelassen und könnten ruhig anderwärts ihre Manufakturarbeit beginnen. — Das ungeheure Militärbudget, das vom ganzen Reichsbedürfniß (118 Mill. Thlr.) allein 99 Mill. inf. Marine verschlingt, mußte Redner natürlich auch besprechen. Es ist dies immer der schwierigste Punkt für einen national-liberalen Abgeordneten, ihn seinen Wählern mündig zu machen, und sind darum auch die Variationen über dessen Vertheilung ganz natürlich. H. vergleicht diese Last mit einer Feuerversicherungsprämie, die zwar hoch aber bald doch noch einige Zeit gezahlt werden müsse, soll der Bau des Deutschen Reiches sicher sein vor Feuergefahr.“

— In Kleinfaltenburg brach am Donnerstag in dem Hause des Landwirths Schlageter in Bingen Feuer aus. Dasselbe nahm eine solche schnelle Ausdehnung, daß auch gar nichts gerettet werden konnte. Auf: Stüd Vieh und zwei Schweine verbrannten. Der Bauer war mit drei Ochsen im Walde beschäftigt, sonst wären auch diese im Rauch der Flammen geworden. Der Nachbar, Sonnenwirth Mutter, wollte sein Haus, das mit einem Strohdache gedeckt war, dadurch retten, daß er sich auf das Dach begab, um dasselbe mit nassen Tüchern zu belegen, hatte aber das Unglück, vom Dache herunterzufallen und sich bedeutende Verletzungen zuzuziehen; man sagt, er habe einen Arm und das Kinn zerbrochen. Trodem wollte er noch Ogenstände retten, wurde aber mit Gewalt zurückgehalten, da er sonst aller Wahrscheinlichkeit nach verbrannt wäre. Beide Häuser waren mit Stroh gedeckt. Keines ist versichert. Man vermutet, daß das Feuer im

Brennwerke ausgebrochen ist, wo gerade Branntwein gebrannt wurde. (Konst. 3g.)

Aus dem Bezirk Stodach, 17. Febr. Gestern wurde durch die Bemühungen der H. H. Notar Baster und Rathschreiber Bähler in Sigellingen ein Vorkehrverein gegründet, dem sofort 111 Mitglieder beitraten. — Das Bezirksamt Stodach läßt die Pferdezüchter des Amtsbezirks zur Gründung eines Pferdezüchtervereins auf Sonntag den 23. Februar, Nachmittags halb 4 Uhr, in das Pfleissche Lokal in Stodach ein. (Konst. 3.)

Nach dem „Altkoten“ fand kürzlich in Bondorf Erziehung in den Gemeinderath statt. Von etwa 200 Wahlberechtigten gaben nur 60-70 ihre Stimmen ab. Während die liberalen Bürger die Mühe zur rechtzeitigen Aufstellung eines Kandidaten schenkten, hatte die rührige Partei, die bei den Reichstags-Wahlen mit aller Anstrengung 30 Stimmen auf ihren Fürsten von Fürstberg zusammenbringen konnte (auf Hrn. Krieger fielen 160), diesmal leichte Arbeit ihren Mann mit 26 - sage schätzungsweise von zweihundert Stimmen - in den Gemeinderath zu bringen.

Konstanz, 18. Febr. In gestriger Sitzung, welcher alle Gemeinderäthe mit Ausnahme des erkrankten Hrn. Leimer beiwohnten, wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der Gemeinderath dahier ist damit einverstanden, wenn den hiesigen Kapuzinen, welche sich gegen das Dogma der Unschärfe erklärt haben, die gleichmäßige Mittheilung der Spitalkirche und Pfarrküche eingeräumt wird, und beauftragt den Bürgermeister, die zum Vollzuge dieses Beschlusses weiter nötigen Schritte einzuleiten und durchzuführen.“

Die „Schweiz. Grenz.“ schreibt: „Aus den Schweiz. Bundesraths-Verhandlungen vom 17. Febr. Nachdem die badische Regierung sich zu Unterhandlungen über die Anschlussverhältnisse der Eisenbahn Winterthur-Anstaltungen-Singen-Kreuzlingen bereit erklärt hat, sind vom Bundesrath als Bevollmächtigte für diese Verhandlungen die H. H. Nationalrath Stämpfli in Bern und Gotthardt-Inspektor Koller beauftragt worden. Die badische Regierung läßt sich durch die H. H. Geh. Rath Mühl, Legationsrath Hardeck und Ministerialrath Gienlehr vertreten. Die Bestimmung von Zeit und Ort der Zusammenkunft der Konferenz bleibt der Verständigung zwischen den Abgeordneten überlassen.“

Vermischte Nachrichten.

Strasbourg, 13. Febr. (A. 3g.) Die Verhandlungen mit Max Müller wegen Annahme der Professur für Sanctus und Sprachwissenschaft an der Kaiserl. Universität zu Strasbourg sind erfolglos geblieben. Größere wissenschaftliche Arbeiten machten demselben die Uebernahme neuer Berufspflichten an einer deutschen Universität für jetzt unmöglich.

Strasbourg, 17. Febr. Nächsten Freitagsonntag, Nachmittags 2 Uhr, beachtet die Vernehmung nach der hiesige Karnevalsverein eine Eisenbahn-Luftfahrt nach Kehl, dessen Bevölkerung den Gästen gewiß einen freundlichen Empfang bereiten wird. — Seit gestern hat sich die Witterung sehr freundlich gestaltet; der Monat März scheint bereits seinen Einzug gehalten zu haben.

Strasbourg, 17. Febr. Im hiesigen Landkreis gab die Viehzählung die folgenden Resultate: Pferde 10,776, Rindvieh und Maulthiere 5, Ciel 5, Rindvieh 30,126, Schafe 9924, Ziegen 916, Bienenstöcke 2918.

Wien, 15. Febr. Der außerordentlich zahlreiche Besuch, welcher der Wiener Welt-Ausstellung zu Theil werden wird, und die gesteigerten Mietpreise, welche jetzt schon für Wohnungen in Wien bezahlt werden müssen, hat in Ulm ein Unternehmen ins Leben gerufen, das darauf berechnet ist, den Besuchern der Ausstellung möglichst billige, gesunde und für ihre Zwecke bequem gelegene Wohnungen zu schaffen. Zu diesem Ende hat sich hier eine Gesellschaft konstituiert, welche gewöhnliche Fahrgänge, wie sie zu Hunderten von Ulm auf der Donau nach Wien gehen, benutzt, um dort Wohnungen für die Ausstellungsbesucher einzurichten. Es werden in unmittelbarer Nähe des Ausstellungsgebäudes im Donau-Durchstich eine Reihe solcher Wohnungsschiffe aufgestellt. Dieselben enthalten etwa 18 Kabinen, theils für 2, theils für 1 Person. Die Kabinette sind ausgestattet mit gutem Bett und allem nötigen Komfort, freundlich tapeziert, hell und leicht ventilirt. 2 1/2 M. lang, eben so hoch und 2 1/2 bezw. 1,60 M. breit, werden sie dem Bedürfnis des Reisenden vollständig genügen. Eine große Annehmlichkeit bieten die in nächster Nähe befindlichen Restaurants, sowie die Pferdebahnen, welche bis Nachts 1 Uhr in Thätigkeit sein wird, um die aus der Wiener Altstadt heimkehrenden Gäste bis in die nächste Nähe ihrer Quartiere zu befördern. Da sich der Ausstellungsbesucher durch Erbauung neuer Pavillons zwischen der Maschinen-Ausstellungshalle und den Wohnungsschiffen immer mehr erweitert, d. h. letzteren näher rückt, so bilden diese Schiffe so zu sagen einen Theil der Ausstellung, was hinsichtlich der Passage, der Bewachung und Beleuchtung des Platzes u. v. nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Von vielen Seiten sind bereits Anfragen wegen Benutzung dieser Schiffe eingelaufen, und dürfte das Unternehmen alle Beachtung Seitens der Ausstellungsbesucher verdienen.

Deutzen, 13. Febr. (Schl. 3.) Das hiesige Kreisgericht hat zwei katholische Geistliche, nämlich den Erzpriester und früheren Kreis-Schulinspektor Widerra, sowie dessen Kaplan Kirshniemy zu Wieschowa wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung, begangen durch Verbreitung agitatorischer Druckschriften und Entsehung derselben von der Kanzel, gemäß den Anträgen des Staatsanwalts auf Grund der §§ 130, 131 des Strafgesetzbuches zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt.

Nachricht.

Berlin, 18. Febr. Unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck trat gestern Nachmittag um 1/2 Uhr der deutsche Bundesrath zu der ersten Plenarsitzung seiner neuen Session zusammen. In der heute abgehaltenen zweiten Sitzung des Bundesraths erfolgte die Wahl der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post- und Telegraphenwesen, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für auswärtige Angelegenheiten und für Ersatz-Vorbringen. Die Ausschüsse für Landwehr und Festungen, sowie für Marinewesen werden bekanntlich durch kaiserl. Ernennung gebildet. Bereits gestern fand die Publikation ihrer Zusammenfassung statt.

In der gestrigen Sitzung wurde auch der Beschluß gefaßt, wie bisher wieder besondere Ausschüsse für Verfassungswesen und für die Geschäftsordnung zu wählen.

Berlin, 18. Febr. Die dem Vereinsverbande angehörigen Scher der Druckerei des „Börsen-Couriers“ haben die Arbeit eingestellt.

Dresden, 18. Febr. Im Anschluß an die vor kurzem in der Zweiten Kammer Seitens des Abg. Biedermann gestellte Interpellation hat der Abg. Schaffrath einen Antrag auf Beibehaltung des Geschworenensystems in der neuen deutschen Strafprozess-Ordnung und der Abg. Biedermann einen Antrag auf Ausbildung des Reichs-Oberhandelsgerichts zu einer allgemeineren Rechtsinstitution nach Maßgabe der fortschreitenden Einheit der deutschen Rechtsgebung eingebracht. Die auf der heutigen Tagesordnung stehende Verhandlung über die Interpellation des Abg. Klemm wegen des Schulgesetzes wurde wegen Abwesenheit des Interpellanten vertagt.

Darmstadt, 19. Febr. In der Abgeordneten-Kammer kam ein Schreiben des Gesamtministeriums zur Verlesung, welches eine Vorlage für den Neubau des Hoftheaters im Betrage von 450,000 fl. in Aussicht stellt.

Wien, 18. Febr. Finanzauschuß. Nachdem der Unterrichtsminister erklärt hatte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Finanzprognose des Reichsrathes durch eine Vorlage von eminent politischer Bedeutung beschloffen habe, die Gesetzentwürfe betreffend das Verhältnis zwischen Staatsgewalt und katholischer Kirche gegenwärtig nicht vorzulegen, nahm der Finanzauschuß eine Resolution an, wonach die Regierung aufgefordert wird, diese Vorlagen ehestens einzubringen. Der Unterstützungsbetrag von einer halben Million für katholische Geistliche wurde angenommen, nachdem der Referent darauf verwiesen hatte, daß der Kultusminister die vorjährigen Unterstützungen nur würdigen, insbesondere dem Schulgesetz nicht feindlich entgegenstehenden Priestern verliehen habe, so daß von 4975 Bittstellern nur 3795 berücksichtigt wurden.

Wien, 18. Febr. In der heutigen Sitzung der Fraktion der Verfassungstreuen wurde ein Antrag, welcher dahin ging, daß bei der Wahl des Eisenbahn-Ausschusses von der Wahl von Abgeordneten Abstand genommen werde, welche Verwaltungsstellen bei Geldinstituten bekleiden, die sich mit Finanzancung von Eisenbahn-Papieren befassen, mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zum Beschluß erhoben.

Rom, 18. Febr. Die Kammer vertagte sich bis zum 4. März. Der Senat nahm das Marinebudget an. — Restelli wurde zum Berichterstatter über den Gesetzentwurf bezüglich der geistlichen Körperlichkeiten ernannt.

Rom, 18. Febr. Ein heute erlassenes Sendschreiben des Papstes an die Bischöfe und das Volk von Armenien weist die gegen den hl. Stuhl erhobenen Beschuldigungen der Annahme ihm nicht zustehender Rechte zurück, fordert die armenischen Katholiken zum äußersten Kampfe für ihre Religion auf und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Dissidenten in den Schooß der Kirche zurückkehren werden.

Verailles, 18. Febr. Budgetkommission. Thiers hält anlässlich der Forderung von 100 Millionen für die okkupirten Departements eine Summe von 140 Millionen für die Stadt Paris zur Klarstellung der Finanzlage für notwendig. Man könne nicht auf's Gerathewohl hin operiren, man müsse das finanzielle Gleichgewicht aufrecht erhalten. Thiers weist nach, daß die Ziffer der eingezahlten Schadentilgungen 748 Millionen beträgt; hiervon könnten 644 aus disponiblen Hilfsquellen gedeckt, 104 aber müßten auf die schwebende Schuld übernommen werden. Der öffentliche Kredit erheische, daß der Betrag der Schadentilgung ohne Zuhilfenahme einer neuen Anleihe gedeckt werde. Die Budgetkommission müsse dazu beihilflich sein. Wir haben, äußert Thiers, sojann, für die Stadt Paris eine Annuität in das Budget eingestellt, fordern sie auch für die okkupirten Departements, aber mit Mäßigung und Ueberlegung. Die Kommission beschließt nach dem Weggange Thiers', die Entschädigungssumme für die Departements gleichzeitig mit der Entschädigung für Paris zu votiren. Die Kommission überprüft die auf Paris bezügliche Vorlage der Regierung, um zu erfahren, ob dieselbe eine Ermäßigung der vorher vorgeschlagenen Entschädigungsziffer wünscht.

Verailles, 18. Febr. In der Dreißiger-Kommission entwickelt Fallou sein Amendement, wonach die Nationalversammlung vor ihrer Auflösung selbst über die Organisation der Exekutivgewalt verfügen soll. Die Kommission beantragte die Einleitung einer Untersuchung wegen eines der jüngsten Zeit entlassenen beleidigenden Briefes gegen Thiers, dessen Urheberhaft einem Mitgliede der Kommission zugesprochen wird. Morgen findet eine Zusammenkunft Thiers' mit der Dreißiger-Kommission behufs eines Meinungswechsels über den Bericht Broglie's statt, über welchen Thiers vor der Berathung im Ministerrath sich nicht äußern sollte.

Brüssel, 18. Febr. In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer legte der Finanzminister Malou einen Gesetzentwurf vor, der die Regierung zur Emission einer Anleihe von 240 Millionen ermächtigt; hiervon sollen 180 Millionen für öffentliche Arbeiten, insbesondere den Ankauf der Luxemburg-Eisenbahn verausgabt werden, während die Verwendung des Restes der Regelung durch die Gesetzgebung vorbehalten bleibt.

London, 18. Febr. Nach dem gestern Abend von den Lorden Jenner, Gull und Weber ausgegebenen Bulletin leidet der deutsche Botschafter, Graf Bernstorff, an einem durch ein Ueberleiden herbeigeführten Hydrozaster.

Die Kräfte des Kranken sind trotz andauernder Schlaflosigkeit zwar noch ziemlich ungeschwächt; nach dem Charakter der Krankheit ist indeß eine rasche Besserung des Zustandes nicht zu erwarten.

London, 18. Febr. Die Eigenthümer des Dampfers „Murrillo“ werden, dem Vernehmen nach, eine Diffamationsklage gegen den Agenten von Lloyd's in Kadir erheben und eine Entschädigung von 50,000 Fr. verlangen. — Nach einer der „Times“ aus Japan zugegangenen Nachricht ist die Errichtung des japanesischen Parlaments jetzt definitiv beschloffen; in die Erste Kammer werden nur Personen vom höchsten Range eintreten.

London, 18. Febr. Der „Ball Mail Gazette“ zufolge haben die brasilianischen Behörden während der Dauer der Untersuchung über die Behandlung der Auswanderer in Brasilien die Einwanderung dahin verboten. — Ein Brief aus Zanzibar konstatirt, daß Livingstone in guter Gesundheit Gye, um nach den Nilquellen zu gehen, verlassen hat.

Frankfurter Kurszettel vom 19. Februar.

Table with columns for Staatspapiere (German government bonds) and Aktien und Prioritäten (Shares and Bonds). It lists various securities such as Prussian, Baden, and Bavarian bonds, along with shares of banks and other companies.

Table with columns for Anleihenloose und Brämienanleihen (Bonds and Premium Bonds). It lists various types of bonds including Prussian, Bavarian, and other regional securities.

Table with columns for Wechselkurse, Gold und Silber (Exchange Rates, Gold and Silver). It provides information on exchange rates for various locations and prices for gold and silver.

Wiener Börse, 19. Febr. Kredit 338.50, Staatsbahn 829, Lombarden 490.50, Papierrente 114 1/2, Karolensdorfer 8.70 1/2, Anleihenbankaktien 312.50, Galizier 228.50, Unionb. 248.50, Anglo Oesterr. 114 1/2.

Neu-York, 19. Febr. Gold (Schlußkurs) 114 1/2. Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Rosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 20. Febr. 1. Quartal. 24. Abonnementsvorstellung. Ein Lustspiel, Lustspiel in 4 Akten, von R. Benedix. Anfang 1/2 7 Uhr. Freitag 21. Febr. 1. Quartal. 25. Abonnementsvorstellung. Das Glöckchen des Eremiten, komische Oper in 3 Akten, von Maillart. Anfang 1/2 7 Uhr.

Die Photographien-Ausstellung des Herrn Jann in der „Eintracht“ hier findet sehr lebhaften Zuspruch, also auch die Anerkennung, welche dieser wirklich großartigen, künstlerisch hervorragenden derartigen Ausstellung, welche jemals in Karlsruhe zu sehen war, gebührt. Besonders sehenswerth sind die schon so oft gerühmten Mondbilder, die See- und Landschaften, die prächtigen Gebirgslandschaften, Savoyen App. Nr. 35, die Detailansichten der Pariser Ausstellung. Alles durch die reizendste Beleuchtung und Perspektive sich auszeichnend. Bequem ist, daß sich jeder Besucher die einzelnen Bilder durch Drehen vorführen, also beliebig dabei verwenden und sich auch das günstigste Licht selbst stellen kann. Leider ist die Ausstellung hier nur noch kurze Zeit zugänglich.

Glasphotographien-Kunstaussstellung in der „Eintracht“. Noch kurze Zeit täglich geöffnet.

